

Auf dem Markt wird's eng

DIHK stellt Umfrage zu chinesischer Konkurrenz vor. Zwei Drittel sehen zunehmenden Druck. Lobbyist: »Kein Ruf nach einem Handelskrieg«

Von Luca von Ludwig

Eine neue Woche, eine neue Positionierung im [brodelnden Konflikt der deutschen und der chinesischen Wirtschaft](#). Die am Donnerstag vorgestellte Sonderumfrage »Deutsche Wirtschaft im Wettbewerb mit China« der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) nahm sich dabei im Vergleich zu einigen anderen Wortmeldungen zum Thema überraschend nüchtern aus: »Nicht jeder Wettbewerbsvorteil Chinas ist eine Wettbewerbsverzerrung – und nicht jeder deutsche Wettbewerbsnachteil kommt aus China«, ließ sich DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier in einer Mitteilung zitieren. Gleichwohl bleibe ein wachsender Konkurrenzdruck festzustellen; der Wettbewerb habe »ein neues Ausmaß erreicht«.

Zwei Drittel der über 1.300 befragten deutschen Unternehmen – davon etwa die Hälfte aus der Industrie – hätten demnach angegeben, durch die Mitbewerber aus der Volksrepublik zunehmend unter Druck zu stehen, bei den Industriebetrieben seien es ganze 83 Prozent gewesen. Am häufigsten hätten dies mit 88 Prozent der befragten Unternehmen solche benannt, die selbst über Investments oder eigene Standorte in der Volksrepublik verfügen, gefolgt von denen, die nach China exportieren (86 Prozent) und Importunternehmen (82 Prozent). Auch Firmen, die selbst keine Geschäftsbeziehungen nach China unterhalten, gaben zu 38 Prozent an, einen verstärkten Konkurrenzdruck durch chinesische Mitbewerber wahrzunehmen.

Fehlen durfte nicht die Klage über angeblich unfaire Subventionen auf chinesischer Seite, ebenso wie die über die »Rahmenbedingungen« am Standort Deutschland – gemeint waren nicht zuletzt »hohe Arbeitskosten oder überbordende Bürokratie«, also Arbeiterlöhne und staatliche Schranken bei der Ausbeutung von Mensch und Umwelt. Dennoch war die DIHK bemüht, den Blick nicht nur auf angebliche Bevorteilung anderswo zu richten, sondern auch auf die objektiven Schwächen deutscher Konzerne. In einigen Segmenten wie der Elektromobilität habe China die Führungsrolle übernommen, und wo diese überhaupt noch existiere, reiche der Qualitätsvorsprung deutscher Produkte oft nicht mehr aus, um den Kostennachteil wettzumachen. »Chinesische Unternehmen konkurrieren längst nicht mehr nur über Menge und Preis. Sie sind technologisch stark, innovativ und international immer präsenter«, so Treier.

Als wichtigste Reaktionsstrategie hätten drei von fünf der befragten Firmen in der BRD die Innovation bei ihren Produkten ausgemacht, jedes zweite setze auf

Kostensenkungen. 39 Prozent suchten nach neuen Absatzmärkten, etwa ein Drittel wolle die Kooperation mit chinesischen Partnern. Einen Rückzug aus den umkämpften Geschäftsfeldern zieht demnach ein Achtel der Befragten in Betracht. »Die Unternehmen ergeben sich nicht ihrem Schicksal«, formulierte Treier standortoptimistisch. Er setzt demnach auf die transformative Wirkung der Marktverwerfungen: »Wettbewerb kann ein Katalysator sein.«

Unweigerlich kommt die DIHK auch auf das [Thema der Handelswaffen](#) zu sprechen. Anders als zuletzt auch die Chefetagen der Autokonzerne warnt die Kapitallobby davor, Hoffnungen allein auf Brüssels Protektionismus zu setzen. »Handelsschutz kann hausgemachte Standortnachteile nicht kompensieren«, sagte Treier. Die Unternehmen erhofften sich ihrerseits zu 67 Prozent ein »gemeinsames, koordiniertes außenwirtschaftliches Auftreten« gegenüber der Volksrepublik, 60 Prozent wollen die planvolle [Reduktion strategischer Abhängigkeiten](#). Damit ist unter anderem die Versorgung mit seltenen Erden und daraus hergestellten Dauermagneten, die für viele Hochtechnologieanwendungen unabdingbar sind, gemeint, wo China aber ein faktisches Monopol hat. 49 Prozent wollten den Ausschluss chinesischer Firmen von »kritischen Infrastrukturprojekten«, 36 Prozent mehr Zugangsbeschränkungen zum EU-Binnenmarkt, 31 Prozent verlangten schärfere Handelsschutzmaßnahmen. 55 Prozent der befragten Unternehmen seien für einen derart verschärften Kurs auch bereit, Wettbewerbsnachteile hinzunehmen. »Das ist kein Ruf [nach einem Handelskrieg](#)«, so Treier.

Die Verhandlungen auf höheren politischen Ebenen über die Wirtschaftspolitik zwischen der Volksrepublik und dem Staatenblock spielen sich aber nicht in der DIHK-Zentrale ab. Wie die Hongkonger *South China Morning Post* am Mittwoch berichtete, befindet sich derzeit eine Delegation von EU-Handelsdiplomaten unter Leitung von Denis Redonnet, dem »Chief Trade Enforcement Officer« des Staatenblocks, in Beijing. Dort finden demnach Gespräche über Fortschritte bei der Umsetzung der [beim Treffen von EU-Handelskommissar Maroš Šefčovič und Chinas Handelsminister Wang Wentao Ende Juni](#) im Rahmen der ersten »Trade and Investment Consultations« (TIC) ausgehandelten Maßnahmen zur wirtschaftspolitischen Annäherung statt. Ein zweites Treffen ist für Oktober in Beijing angesetzt. Zudem könnten den EU-Spitzen Mitte Oktober Vorschläge für neue Handelswaffen auf EU-Ebene präsentiert werden.

DIHK-Außenwirtschaftschef Treier seinerseits begrüßte auf jW-Nachfrage, dass überhaupt wirtschaftsdiplomatische Gespräche stattfinden. In der Vergangenheit sei zu oft »über China, aber nicht mit China« gesprochen worden; auch seien eigene Interessen seitens der EU und der BRD nicht klar genug formuliert worden. Man könne China nicht vorwerfen, dass die Wirtschaft dort qualitativ aufgeholt habe. Die Handelsstreitigkeiten ließen sich auch angehen, ohne unbedingt drohend auf den eigenen »Instrumentenkasten« zu verweisen.

<https://www.jungewelt.de/artikel/529153.handelsbeziehungen-eu-china-auf-dem-markt-wird-s-eng.html>